ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Wohlstandserhebung zur Krisenbekämpfung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1958) : Wohlstandserhebung zur Krisenbekämpfung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 38, Iss. 4, pp. 194-

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/132618

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

ZEITGESPRÄCH

Droht eine wirtschaftliche Krise?

Unsere Auslandsmitarbeiter beurteilen den konjunkturellen Standort der Industrieländer

USA: Diagnose und Therapie der Wirtschaftsstockung

New York, den 2. 4. 1958

Es ist ein ungewöhnliches Kennzeichen der gegenwärtigen Konjunkturabschwächung in den USA, daß zwischen den führenden Wirtschaftsexperten weitgehende Divergenzen über die verschiedenen Krisenaspekte bestehen. Auf welche Ursachen sind die Erscheinungen der „Recession" zurückzuführen? Handelt es sich hierbei um lang- oder kurzwellige Stockungen, und inwieweit erscheinen Stützungsaktionen geeignet, dem Depressionszustand Einhalt zu gebieten?

Vergebliche Warnungen

Bereits Ende des Jahres 1956 vermochten unvoreingenommene Beobachter den Rhythmus des zukünftigen Wirtschaftsverlaufes vorauszusagen. Warnende Stimmen, wie die des ehemaligen Schatzsekretärs George M. Humphrey, wurden durch einen kontinuierlichen amtlichen Wirtschaftsoptimismus überschattet. Darüber hinaus setzte der Federal Reserve Board seine hohe Diskont- und starre Kreditrestriktionspolitik aus der Besorgnis heraus fort, daß eine drastische Modifizierung inflationistische Bewegungen auslösen könnte, anstatt lediglich einer kontraktorischen Tendenz entgegenzuwirken. Erst als die Krise eingesetzt hatte, wurde man sich der Tatsache bewußt, daß Unternehmergeist und Vertrauen durch die Andauer eines niedrigen Diskontsatzes stimuliert werden müßten. Wenn auch echte Konjunkturen nicht allein durch die beste Kreditpolitik hervorgerufen werden können, so sind sie doch durch eine schlechte Kreditpolitik ungünstig beeinflußbar. Insofern muß unterstellt werden, daß der Mangel einer planmäßigen Führung der Kreditpolitik für die derzeitige „Recession" mitverantwortlich ist.

Es wäre jedoch eine Verkennung der wirklichen Entwicklung, wollte man davon Abstand nehmen, die übrigen Faktoren zu erwähnen, die den Konjunkturrückschlag herbeigeführt haben. Der depressive Gesamtzustand ist wie folgt zu interpretieren: Überkapazität infolge extravaganter Steigerung des Produktionspotentials bei falscher Voraussicht des kurzfristigen Bedarfs; unbefriedigende Rentabilitätsverhältnisse; Überfluß an Rohstoffen, Arbeitskräften und unausgenutzten Erzeugungsanlagen sowie eine aufgeblähte Lagerhaltung, die erst in langsamer Bewegung im Abklingen begriffen ist.

Die Konjunkturdaten

Nach Ablauf des ersten Jahresviertels 1958 erscheint es angebracht, das konjunkturelle Klima in den USA einer Untersuchung zu unterziehen. Als ein hervorstechendes Merkmal ist die Tatsache anzusehen, daß weder in der Preisentwicklung noch in den persönlichen Einkommensverhältnissen eine rückläufige Bewegung eingetreten ist. Der Lebenshaltungsindex ist gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres bis Ende Februar 1958 um 3,2 % angestiegen, und zwar von 118,7 (1947/49 = 100) auf 122,5. In der gleichen Berichtszeit haben sich die persönlichen Einkommen um 1,6 % von 337,3 Mrd. $ auf 342,7 Mrd. $ erhöht. Diese Trendgestaltung ist darauf zurückzuführen, daß sich die Stockung weder im Fertigwarenpreisniveau noch im Lohnniveau der USA ausgedrückt hat.

Demgegenüber steht aber unzweifelhaft eine Vielzahl von Faktoren depressiven Charakters: Der Produktionsindex der amerikanischen Gesamtindustrie ist von 146 im Februar 1957 (1947/49 = 100) um 11 % auf 130 im gleichen Monat 1958 gefallen. Noch weit markanter treten die Konjunkturrückschläge bei individuellen Industriegruppen in Erscheinung. Die Stahlindustrie operierte Ende März 1958 mit rund 50 % ihres Produktionspotentials, während das tatsächliche Erzeugungsvolumen pro Woche 1,4 Mill. sh t betrug, verglichen mit 2,4 Mill. sh t im Vorjahr, ein Rückgang von 40,2 %. Die Kraftwagenindustrie, die von jeher ein Barometer für den Konjunkturablauf ist, wurde am zweitstärksten in Mitleidenschaft gezogen. Hier fiel die wöchentliche Erzeugungsrate (Vergleichsziffern: 1. und 2. Märzwoche) von 140 500 Einheiten auf 87 700 Einheiten, also um 37,6 %. Auftragseingänge bei den Industrieunternehmen schrumpften um 16,3 % und Kapitalinvestitionen für Neuanlagen und Ausrüstungen um 7,7 %. Die Zahl der Erwerbslosen ist innerhalb eines Jahres um 65,7 % auf 5,2 Mill. angewachsen. In diesen Zahlen ist aber die beachtliche Anzahl der Kurzarbeiter nicht inbegriffen. Für die Ausfuhrtätigkeit liegen lediglich die Ziffern für Januar 1958 vor: sie stellte sich auf 18,1 Mrd. $ gegenüber 20,2 Mrd. $ im Januar 1957, lag also um 10,1 % niedriger. Zu erwähnen ist noch, daß sich das Bruttosozialpro-

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch" veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziösen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.

dukt mit 429,1 Mrd. $ gegenüber dem Vorjahr nur um 0,2 % verringert hat. Die Umsatztätigkeit im Einzelhandel hat sich relativ gut gehalten und wies im Februar 1958 nur einen Rückgang von 0,9 % gegenüber der gleichen Berichtszeit 1957 auf.

Angstpsychose verschärft die Lage

In der Sprache der Konjunkturforschung ausgedrückt, sind die obenaufgezeigten Schrumpfungserscheinungen noch als verhältnismäßig milde zu bezeichnen. Es darf aber nicht übersehen werden, daß sich durch die ständige Diskussion der Wirtschaftskrise und die in offiziellen Kreisen herrschende Verwirrung bei der Bevölkerung allmählich eine gewisse Angstpsychose bemerkbar macht. Diese könnte in einer verstärkten Zurückhaltung der Käuferkreise und in einem „Angstsparen" gipfeln. Aus dieser Befürchtung heraus hat sich auch die Regierung veranlaßt gesehen, die zunächst in Aussicht genommenen Steuererleichterungen „sine die" zu vertagen. Davon abgesehen hätten derartige Steuerkonzessionen das Schatzamt im kommenden Fiskaljahr etwa 7,5 Mrd. $ gekostet, was das voraussichtliche Defizit noch weiterhin anschwellen lassen würde. Bei einer Erwägung etwaiger Stützungsaktionen zur Behebung der „Recession" wird vielleicht nicht mit Unrecht darauf hingewiesen, daß das bisherige Geschäftsvolumen die Vermutung zulasse, daß sich die hohen Lagerbestände in einem schnelleren Tempo abbauen werden, als ursprünglich vorausgesehen wurde. Sollte sich diese Prognose verwirklichen, besteht immerhin die Möglichkeit, daß die Wirtschaft aus sich selbst heraus ohne allzu weitgehende Stützungsaktionen ihr Gleichgewicht wiederfinden wird.

Zögernde Maßnahmen

Inzwischen setzen die konjunkturpolitischen Maßnahmen der Regierung nur zögernd ein. Die primäre Kritik, die an ihnen geübt wird, besteht darin, daß sie in nicht zureichender Weise auf sofort wirksame, kurzfristige Vorhaben konzentriert werden. Vor allem aber wird im Interesse der Wiederherstellung des Vertrauens bemängelt, daß nicht bereits jetzt Entscheidungen getroffen werden, was zu geschehen habe, falls die Krise eine weitere Verschärfung erfahren sollte. Es mag dahingestellt bleiben, ob bereits der Tiefpunkt der „Recession" erreicht ist und ob die bisherigen Maßnahmen genügen werden, einen weiteren Konjunkturabstieg zu verhüten. Zu den jetzt in Aussicht genommenen Aktionen gehören: 1. Eine Ausgabensteigerung für die nationale Verteidigung im ersten Halbjahr 1958 um 5,5 Mrd. $ auf 13,4 Mrd. $. Es bestehen berechtigte Zweifel, ob schon die Hälfte dieser Mittel, nämlich 6,7 Mrd. $, in die Wirtschaft hineingepumpt wurden. 2. Die Bereitstellung von ebenfalls 5,5 Mrd. $ für Straßenbauten innerhalb der nächsten zwei Jahre und 3. Zuwendungen in Höhe von 1,85 Mrd. $ zur Ankurbelung der Bautätigkeit, wobei insbesondere dem Wohnungsbau Auftrieb gegeben werden soll.

Eine konservative Beurteilung der Wirtschaftsstockungen in den USA läßt die Voraussage zu, daß die „Recession" wahrscheinlich bis zum Herbst andauern wird und daß ohne ungünstige Einflüsse von außen von diesem Zeitpunkt an eine langsame Aufwärtsbewegung vor sich gehen wird. (e. b.)

Internationaler Auffangpool für Rohstoffe

London, den 8. 4. 1958

Auf die zugegebenermaßen etwas naive Frage, wo man in England einen Konjunkturrückgang — man vermeidet tunlichst das Wort „Krise" — am deutlichsten spüre, erwiderte kürzlich der Leiter eines Londoner Warenhaus - Großunternehmens: „in den Zeitungen, beim Lesen der Berichte aus den USA". Bei aller Einseitigkeit des Blickfeldes, die aus dieser vielleicht etwas frivolen Antwort spricht, enthält sie doch ein Körnchen Wahrheit. Die Arbeitslosigkeit ist zwar auch in England gestiegen, aber sie erfaßt noch nicht einmal 2 % des Potentials von rund 24,5 Mill. Erwerbstätigen. Die industrielle Expansion hat sich zwar verlangsamt, aber der allgemeine Trend ist bisher nicht abwärts gerichtet. Es spricht gegen alle Erfahrungen aus der Vergangenheit, daß sich die große Flaute in Nordamerika auf die Wirtschaftskonstellation Großbritanniens nicht annähernd im gleichen Umfang übersetzt hat.

Niedrige Rohstoffpreise sind ein Bumerang!

Trotzdem stößt man in Gesprächen über den weiteren Konjunkturverlauf auf eine weit weniger leichtfertige Auffassung bei Exportfabrikanten, Exportkaufleuten oder Finanzhäusern in der Londoner City. An diesen Stellen hört man Befürchtungen hinsichtlich eines fühlbarer werdenden Konjunkturabgleitens. Aber sie fußen weniger auf den Vorgängen in den USA als vielmehr auf den Folgen der Rohstoffbaisse: auf ihrer unausbleiblichen Bumerangwirkung auf die Konjunktur gerade in einem Industrieland wie England, das auf Export angewiesen ist.

Über die Hälfte des englischen Exports an Halbwaren und Fertigwaren, Investitionsgütern und Massenartikeln, geht in die Länder, deren Wohl und Wehe von der Primärerzeugung an Rohstoffen aller Kategorien abhängt. Daß dies hauptsächlich Länder sind, die als selbständige Dominien oder abhängige Kolonien zum britischen Commonwealth gehören, ist — was die Problemstellung anbelangt — ein reiner Zufall. Eine Rohstoffbaisse, wie sie auf den Koreakrieg folgte und jetzt wieder seit der vorübergehenden Schließung des Suezkanals herrscht, hat daher auf die Wirtschaftskonjunktur Englands den denkbar größten Einfluß, auch wenn er sich nicht sofort beim ersten Fallen der Rohstoffpreise deutlich zeigt. Es sei nur daran erinnert, daß England das größte Exportland der Welt ist, dessen Güter überdies, im umgekehrten Verhältnis z. B. zur Bundesrepublik, zu zwei Dritteln nach Übersee gehen und nur zum entsprechend geringeren Teil in die Nachbarländer im etwas weitergezogenen Sinne. Diese zwei Drittel des englischen Exports machten in den beiden ersten Monaten 1958

wertmäßig 361,5 Mill. £ aus! So sehr der Einzelkonsument oder Fabrikant ohne Exportinteresse vielleicht auch niedrige Rohstoffpreise begrüßen mag, wenn er sie schlechthin auf den Nenner von Verbilligung des allgemeinen Preisniveaus zu bringen geneigt ist, so wenig kann doch ein hochindustrialisiertes Land wie England, das niemals Selbstversorger sein kann, in seiner Gesamtwirtschaft von einer rückläufigen Tendenz der Rohstoffmärkte profitieren.

Die Kaufkraft der Rohstoffländer

Es liegt auf der Hand, daß — um nur einige wenige von vielen Beispielen zu nennen — die Malaien bei den heutigen Preisen für Zinn und Kautschuk, die Australier, Neuseeländer und Rhodesier bei ihrem sinkenden Erlös aus Kupfer, Blei, Wolle, Getreide und Meiereiprodukten oder die Westinder bei dem niedrigen Zuckerpreis an Kaufkraft und damit an Aufnahmefähigkeit für fabrikmäßig hergestellte Güter aus den großen Industrieländern einbüßen. Der Rückgang ihres Lebensstandards als Folge des Weniger-Erlöses aus ihrer Rohstofferzeugung zeigt sich jetzt in leeren Auftragsbüchern, mit denen englische Vertreter für Textilien und andere Verbrauchsgüter aus Übersee zurückkommen — von Luxuswaren ganz zu schweigen. Hierin liegt nach Auffassung weitsichtiger Wirtschaftler eine weitaus größere Gefahr für den kommenden Konjunkturtrend, als allgemein angenommen wird. Diese Kettenreaktion wird in England erst jetzt fühlbar, nachdem die Rohstoffbaisse andauert. Viele Londoner Firmen werden neuerdings von Insolvenzen in den rohstoffgewinnenden Ländern hart betroffen. Nachbestellungen sind zur Seltenheit geworden. Investitionsgüter werden abbestellt.

In Erkenntnis dieser Erscheinung, der Bumerangwirkung fallender Rohstoffpreise, setzt sich in England zunehmend die Auffassung durch, daß zur Einebnung unliebsam starker Konjunkturschwankungen in den großen Industrieländern vor allem das Risiko von überspitzen Haussen und Baissen für Rohstoffe in Zukunft vermieden werden muß. Im Hintergrund dieser einleuchtenden Logik steht die Tatsache, daß die beiden großen Rohstoffhaussen der Nachkriegszeit die Primärerzeuger in vielen Fällen zu einer beispiellosen Expansion der Gewinnung und des Exports von Grundstoffen angeregt haben. Diese Vorgänge akzentuieren die jetzige Rohstoffbaisse in weitgehendem Maße. Um so stärker wiederum ist die Bumerangwirkung der Ernüchterung und des großen Zurücks in den Rohstoffländern jetzt auf die Industrieländer, die ohne Warenexport nicht leben können.

Internationale Abkommen

Auf Initiative der Verbraucher, d. h. der Industrieländer, sind zur Abwehr der Rohstoffbaisse und ihrer Folgen Abkommen verschiedenster Art über zwangsweise Erzeugungsbeschränkungen für Rohstoffe, en-bloc-Lieferungen, Preiskontrollen usw. mit den Primärerzeugern getroffen worden: für NE-Metallen, Zucker, Weizen, Kakao, Baumwolle, Mais, Tabak Wolle und sogar Diamanten. Aber mit vereinzelten Ausnahmen haben alle diese künstlichen Maßnahmen bisher weder das Konjunkturbarometer auf gut Wetter gesetzt noch vor allem die Kernfrage gelöst: das Absinken der Kaufkraft der Völker in den Rohstoffländern und damit das Absinken der Exportchancen der Industrieländer in diese Entwicklungsgebiete, deren Bevölkerung hoch in die Hunderte von Millionen geht.

Unter diesem Dilemma ist in England neuerdings ein Plan zunächst noch rein theoretisch zur Diskussion gestellt worden, der der Lösung des Problems näherzukommen scheint als alle bisher herangezogenen Hilfsmittel. Mit der Ausarbeitung von Möglichkeiten für seine praktische Durchführung sind zurzeit führende englische Wirtschaftler in vorläufig noch loser Verbindung mit Experten aus anderen Industrieländern beschäftigt. Aber man hört, daß die Vorarbeiten vorankommen.

Der Plan eines Auffangpools

Es handelt sich dabei um die Idee, unter der Ägide von internationalen Organisationen wie NATO, OEEC, SEATO und UNO einen Auffangpool für Rohstoffe zur Stabilisierung ihrer Preise innerhalb „gesunder Grenzen" zu schaffen. Mit Hilfe von Staatsgeldern, die von allen Mitgliedern dieser und anderer Organisationen zur Verfügung gestellt werden müßten, soll der Pool auf den Rohstoffmärkten so intervenieren, daß

Unsere Bank steht seit 1870 im Dienste der deutschen Wirtschaft. Wir betreiben alle Zweige des Bankgeschäfts und gewährleisten durch unsere weitreichende Organisation schnelle Bedienung und gewissenhafte Beratung. Im Ausland unterhalten wir eigene Vertretungen in Amsterdam, Beirut, Madrid, Rio de Janeiro und Windhoek.

COMMERZ- UND DISCONTO-BANK
AKTIENGESELLSCHAFT
Hauptverwaltung Hamburg · 60 Geschäftsstellen in Norddeutschland

gewisse Preistiefs nicht unterboten und auf der anderen Seite gewisse Hochs nicht überboten werden können. In diesen Pool sollen die strategischen Rohstoffbestände, die in vielen Industrieländern vorhanden sind, eingebracht werden, und zwar auf dem Wege des Ankaufs durch den Pool. Die künftige Stockpile-Politik soll international einheitlich von dem neuen Pool bestimmt werden, was bei der heutigen Weltsituation utopischer anmutet als die übrigen Planziele.

Die Schwierigkeiten, die derartigen Stabilisierungsbestrebungen im Wege stehen, sind klar ersichtlich. Zu ihrer Herausstellung braucht nur auf die Ost-West-Kluft verwiesen zu werden, die auch auf diesem Gebiet störend in Erscheinung treten könnte, sowie auf die notwendigen Kontrollen in jedem Einzelfall und eine Einigung darüber, was genau unter Preisschwankungen in „gesunden Grenzen" zu verstehen ist. Auch haftet dem Gedanken die Vorstellung von Planwirtschaft an — und Planwirtschaft ist eine höchst umstrittene Erscheinung.

Ein altes englisches Sprichwort sagt: „Schwierigkeiten sind dazu da, um überwunden zu werden". Und unter diesem Motto hält man in England an vielen Stellen den Rohstoff-Stabilisierungsplan in dieser oder jener Gestalt nicht nur für wünschenswert, sondern — bei allerseits gutem Willen — auch für durchführbar. Jedenfalls gilt der Einfluß des Ab und Auf — besonders des Ab — der Rohstoffpreise in England für so bedeutend auf den Konjunkturtrend, daß die Entschlossenheit zu einem Gegenmittel stärker als jemals zuvor ist. Zum ersten Male zeigt sich bei der jetzigen Rohstoffbaisse, wie klein die Welt auch für die Wirtschaft geworden ist, wie stark der eine vom anderen abhängig ist. (W. L. H.)

ENGLAND: Expansion des Außenhandels als natürlicher Schutz

London, den 10. 4. 1958

In der englischen Geschäftswelt beobachtet man den Konjunkturverlauf mit einiger Sorge. Aber man ist doch auch etwas erleichtert, daß England bisher die transatlantische Störung nicht stärker zu spüren bekam.

Beruhigende Symptome

Fühlbare Arbeitslosigkeit gibt es nur in einigen der alten Notstandsgebiete: in Wales und Schottland. Sonst ist die Arbeitslosigkeit kaum größer, als in einem kalten Winter zu erwarten war. Die Produktion stagniert noch, aber nicht mehr als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt in den beiden letzten Jahren. Wenn das Baugewerbe weniger zu tun hat, so arbeitet dafür die Automobilindustrie auf Hochtouren, und zwar nicht nur für den Inlandsmarkt, sondern auch noch für die Ausfuhr. Überhaupt hält sich der Export sehr gut, und Handels- und Zahlungsbilanz sehen besser als seit langem aus. Das Preisniveau ist trotz leichten Lohnaufstiegs stabil. Einige kleine Preissenkungen werden als Anzeichen eines möglichen Tendenzumschwungs notiert, aber soweit sie ins Gewicht fallen, spiegeln sie Markteinbrüche für ausländische Rohstoffe und fallende Frachtraten wider. Das Schatzamt meldet erstaunlich hohe Steuereinkünfte, auch die Spartätigkeit ist letzthin etwas besser, und das Pfund Sterling hält sich, jahreszeitlich begünstigt, so gut, daß der amtliche Diskontsatz etwas früher als erwartet gesenkt werden konnte.

Kassandrarufe der Industrie

In die Erklärungen ministerieller Befriedigung, nun endlich der Inflation Herr geworden zu sein, mischen sich aber zweifelnde Äußerungen aus der Industrie, ob nicht die Zeit einer Wirtschaftsankurbelung bereits gekommen sei. Wenn die Regierung aus Furcht, der Inflation neuen Auftrieb zu geben, nichts tue — argumentiert man —, so würde die Produktion abfallen, zumal die Nachfrage schon jetzt nicht ausreicht, um die wachsende Kapazität voll auszunutzen. Dem Rückgang der Einfuhrwerte müsse unweigerlich eine Ausfuhrabschwächung folgen, die sich tatsächlich schon abzuzeichnen beginnt. Da die Staatsausgaben nahe dem Vorjahrsniveau gehalten werden sollen, die Investitionstätigkeit sich abschwächen dürfte und der heimische Konsument eher etwas sparsamer geworden ist, so fehlt es im eigenen Land an Auftriebskräften, die einen Exportrückgang kompensieren könnten. In Handels- und Finanzkreisen akzeptiert man dieses Argument und ergänzt es in zweifacher Hinsicht: Es wäre leichtsinnig, die Gefahr einer ernstlichen internationalen Depression außer acht zu lassen, etwa weil die USA schon etwas dagegen tun würden. Und die verminderten Einkünfte der Rohstoffproduzenten im Commonwealth würden England als Hüterin der Sterlingwährung über kurz oder lang einige spezifische Probleme stellen, gleichgültig, was in Nordamerika geschehe. Diesen wäre mit inländischen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, wie sie zum konventionellen Arsenal der Konjunkturpolitik gehören, nicht beizukommen.

Zwei Gründe waren es, die die britische Regierung so lange veranlaßten, wirtschaftlich auf der Stelle zu treten: die Gefahr, neue Lohnforderungen heraufzubeschwören und sich so aus dem lebenswichtigen Exportmarkt selbst auszuschalten, und die Furcht, der Sterlingwährung zuviel zuzumuten. Beide sind heute, wenn nicht gegenstandslos, so doch nicht mehr aktuell. Die Löhne steigen nur teilweise und langsam (langsamer als in anderen Industrieländern), und das Pfund Sterling ist relativ stark — jedenfalls stark genug, um als Währungsbasis für einen stetig, aber nicht überschnell wachsenden internationalen Güteraustausch zu dienen.

Ankurbelung des Welthandels!

Somit könnte also England bei einer Ankurbelung des Welthandels heute eine aktive Rolle spielen und müßte es nach Ansicht maßgebender Beobachter auch tun, weil der Konjunkturrückgang in den USA diesmal kaum wie 1953/54 ohne weiteres Bemühen durch fortschreitende Expansionen in Europa ausgeglichen werden dürfte. „Wenn es schwerer wird, das Welthandelsvolumen zu halten, ist es um so wichtiger, daß wir die Anziehungs-

VEREINSBANK IN HAMBURG
ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK
ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20–30, TELEFON 361 061
24 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

kraft und Nützlichkeit des Pfund Sterling als Handelswährung entwickeln und nicht beschränken", so sagte der Gouverneur der Bank von England erst vor einigen Tagen. Und im Schatzamt denkt man ähnlich. Nachdem die überseeischen Sterlingländer schon im Herbst und Winter stärker auf ihre Reserven in London zurückgriffen, erwartet man in amtlichen britischen Kreisen, daß die Verminderung ihrer Exporterlöse zumindest für den Rest des laufenden Jahres dem Mutterland die Aufgabe stellen wird, das Sterlinggebiet valutarisch zu stützen, eine Aufgabe, die durch stetig steigende Exporte sowohl nach Sterlingländern als auch auf den übrigen Weltmarkt am besten gelöst werden kann. Aber auf alle Fälle erfordert das weiter beträchtliche und möglichst noch erhöhte Kapitalinvestitionen in Übersee.

Auf dem heimischen Markt hat weder die jüngste Diskontsenkung noch die drastische Erhöhung im September den Konjunkturverlauf wesentlich beeinflußt, ein Umstand, der nur neue Zweifel an der kurzfristigen Wirksamkeit der Geldpolitik als Mittel der Konjunktursteuerung auslösen kann. Weitere monetäre Maßnahmen müssen von Budgeterleichterungen begleitet sein, um einen positiven Einfluß ausüben zu können. Aber auch wenn solche erfolgen — nach Lage der Dinge können sie nur bescheiden sein — und durch öffentliche Aufträge an die Bauwirtschaft ergänzt werden, wäre das Hauptgewicht doch auf eine Expansion des Außenhandels — in beiden Richtungen — zu legen. Seine gedeihliche Entwicklung hat sich für England als wirksamster und natürlichster Schutz gegen ein Überhandnehmen regressiver Einflüsse aus dem Ausland erwiesen, und diese sind es, die nach englischer Auffassung die eigentliche Gefahr darstellen, nachdem die Binnenwirtschaft dank der entschiedenen restriktiven Maßnahmen ihr Gleichgewicht zurückgefunden hat. (A)

NORDEUROPA: Abschwächung bisher ohne Dramatik

Stockholm, den 11. 4. 1958

In Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden tendiert seit einigen Monaten der allgemeine Konjunkturverlauf in der gleichen Weise zu einer gewissen Abschwächung, wie das in der Mehrzahl der westeuropäischen Länder und in den USA und Kanada zu beobachten ist.

Höhere Arbeitslosigkeit

Das hervorstechendste Merkmal der Konjunkturflaute bildet die Tatsache, daß im Gegensatz zu allen Nachkriegsjahren sich in diesem Winter die Zahlen der Arbeitslosen vergleichsweise stärker erhöht haben. Eine ernsthaftere Belastung für die Volkswirtschaften bedeutet das vorläufig aber nur für Finnland, wo man die traditionell größere Winterarbeitslosigkeit teilweise aus politischen Gründen durch staatliche und kommunale Mittel einigermaßen abzuschwächen versucht. In den übrigen nordeuropäischen Ländern hält sich auch in diesem Jahre die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch öffentliche Mittel bisher in ganz bescheidenen Grenzen.

Auftragsabschwächung

Das zweite Symptom der Verflachung der nordeuropäischen Konjunktur bildet, die Tatsache, daß etwa seit der Mitte des vorigen Jahres in den Wirtschaftszweigen, die für den allgemeinen Konjunkturtrend entscheidend sind, die Auftragseingänge von den Inlandsmärkten sich zunächst verringerten. Einige Monate später folgten dann auch die Exportaufträge. Das gilt hauptsächlich für Stahl und Eisen, Baustoffe, weiter für Schnittholz, Hobelware, Rundholz, Zellulose und neuerdings auch für Papier sowie für eine Reihe von Fertigerzeugnissen aus dem Maschinenbau, der Elektrotechnik und der Textilindustrie.

Das exakte Ausmaß der Auftragsverminderung ist nicht bekannt. Soweit sich aus den laufenden Mitteilungen entnehmen läßt, hat sich die Verschlechterung des geschäftlichen Klimas vorerst in Grenzen gehalten. Eine Ausnahme bildet der Schiffbau, der seit der Jahresmitte 1957 so gut wie gar keine neuen Bauaufträge mehr erhalten hat. Dem wird eine allzu hohe konjunkturelle Bedeutung zunächst aber deshalb kaum beigemessen zu werden brauchen, weil auch der nordeuropäische Schiffbau bei Einsetzen der Bestellflaute in seiner Mehrheit mit Aufträgen besetzt gewesen ist, die im allgemeinen mindestens drei Jahre Vollbeschäftigung sicher stellen.

Beschäftigungskrise?

Im Zusammenspiel der vergleichsweise höheren Arbeitslosigkeit sowie des Rückganges der Inlands- und Exportaufträge wurde in allen Nordländern viel von einer Art „Beschäftigungskrise" gesprochen. Das ist formal selbstverständlich richtig, doch wird dabei übersehen, daß die nordeuropäische Konjunktur jahrelang das Kennzeichen einer deutlichen Überbeschäftigung getragen hat. Diese Tendenz war gewiß in Norwegen und in Schweden ausgeprägter als in Dänemark und Finnland. Dennoch aber hat diese Überbeschäftigung weitgehend mit dazu beigetragen,

jene Preisauftriebstendenzen auszulösen, die summarisch als Inflation bezeichnet zu werden pflegen. Denn die stetige Knappheit an Arbeitskräften, im besonderen an Facharbeitern, hat das Lohnniveau in die Höhe getrieben und in vielen Fällen ein Ansteigen der Preise unvermeidlich gemacht. Eine recht großzügige Finanzpolitik in allen Nordländern sowie der stetig vorwärtsgetriebene Ausbau der Sozialpolitik haben ein weiteres getan, dem inflatorischen Prozeß immer wieder neue Nahrung zu geben.

Lage auf dem Baumarkt

Bis vor einigen Monaten ist die Produktion der nordeuropäischen Volkswirtschaften von den Einbrüchen in die Auftragsvergebungen so gut wie ganz verschont geblieben. Die erwähnte höhere Arbeitslosigkeit wird saisonmäßig durch die Landwirtschaft (Dänemark) und konjunkturell durch die Bauwirtschaft (Norwegen und Schweden) sowie die Forstwirtschaft (Finnland) bedingt. An dieser Linie hat sich in den letzten zwei bis drei Monaten nicht viel geändert. Im wesentlichen haben sich bisher Abschwächungen in diesen und jenen Industriezweigen durch Belebung in anderen ausgeglichen. Zur Hauptsache ist das Schwergewicht der „Beschäftigungskrise" auf den Baumarkt begrenzt geblieben. Die Gründe dafür sind rein innerwirtschaftlich, sie liegen in der in allen Nordländern immer unzureichender werdenden Kapitalversorgung. Obwohl in allen Ländern von der öffentlichen Hand durch Zinsverbilligungen, Kredite, direkte Subventionen seit Jahren außerordentlich große Mittel in den Baumarkt (bes. Wohnungsbau) hineingepumpt werden und obwohl auch über den offenen Markt ansehnliche Kapitalbeträge für den Baumarkt aufgebracht werden, ist bisher der Bedarf an Wohnungen noch immer erheblich größer geblieben als die Finanzierungsmöglichkeiten für die Neubauten.

Produktionsreserven

Hier aber liegen gleichzeitig auch die Produktionsreserven, die für den Fall eines Anhaltens der Konjunkturabschwächung eingesetzt werden können — und nach den in allen Nordländern vorliegenden Plänen — auch eingesetzt werden sollen. Wobei am Rande erwähnt werden mag, daß naturgemäß an ausschließlich öffentlichen Projekten wie Straßen- und Wegebau, Brückenbau, Bau von Schulen, Krankenhäusern und vielem anderen in keinem der Nordländer irgendwelcher Mangel besteht.

Die ganz andere Frage, wie das notfalls alles finanziert werden soll, steht allerdings auf einem anderen Blatt. Wenn aber beispielsweise an Erklärungen des schwedischen Ministerpräsidenten Tage Erlander erinnert wird, daß eine wirkliche Beschäftigungskrise ein noch viel schlimmeres Übel wäre als eine Inflation, dann ist ein Zweifel über den eventuellen Kurs bei einer Verschärfung der Verhältnisse kaum möglich.

Die Außenwirtschaft Nordeuropas dürfte bisher die internationale Konjunkturverschlechterung mehr in den Berichten über sie als in der tatsächlichen Gestaltung des Exports verspürt haben. Diese Feststellung wird in jedem Falle durch die nordeuropäischen Außenhandelsergebnisse bis zum Februar dieses Jahres voll bestätigt. Wenngleich die Einfuhren noch um einiges mehr als die Ausfuhren gestiegen sind, so kann von einer Verschlechterung der Exportergebnisse keine Rede sein. Allerdings müßte bei anhaltendem Rückgang der Exportaufträge damit gerechnet werden, daß sich in einigen Monaten in der nordeuropäischen Ausfuhr stärkere Einbrüche zeigen werden. Vorläufig aber ist es so weit noch nicht. Deshalb darf man trotz zahlreicher Unsicherheitsmomente den gegenwärtigen Status der nordeuropäischen Konjunktur als „bisher ohne Dramatik" ansprechen. Ob das in einem halben Jahr auch noch so sein wird, ist allerdings eine andere Frage. (dt.)

NIEDERLANDE: Export muß die Krise überwinden

Den Haag, den 11.4 1958

In den Niederlanden hat die Konjunktur im Jahre 1957 ihren Höhepunkt überschritten. Danach wurden die Spannungen im Wirtschaftssektor stets größer. Löhne und Sozialabgaben hatten im Jahre 1956 eine fortgesetzte Steigerung erfahren, die keineswegs durch eine höhere Produktivität ausgeglichen wurde.

Binnen- und außenwirtschaftliche Symptome

Festzustellen ist, daß in der 2. Hälfte des Jahres 1957 weniger Aufträge eingingen, und zwar sowohl für die Industrien, die den Inlandsmarkt beliefern, als auch für die Gewerbezweige, die sich hauptsächlich dem Export widmen. Ende des Jahres kam diese Entwicklung in steigender Arbeitslosigkeit zum Ausdruck, die — obzwar sie noch nicht beängstigend ist — viel höher als in den verflossenen Jahren lag. Dies zeigte sich sogar in den Gewerbezweigen, die bis dahin einen ausgesprochenen Mangel an Arbeitskräften hatten. Daß deshalb beinahe niemand mehr Lust verspürte, seinen Betrieb zu erweitern, liegt auf der Hand.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Konjunkturumschwung in starkem Ausmaß von einer Anzahl steuer- und währungspolitischer Maßnahmen beeinflußt wurde, die die Regierung Anfang 1957 ergriff, um die Zahlungsbilanz wieder ins Gleichgewicht zu bringen, die — u. a. zufolge einer übrigens schnell überwundenen Währungskrise — starke Defizite aufwies. Außenwirtschaftliche Kräfte waren im Jahre 1957 noch kaum wirksam. Dafür war die Entwicklung in den verschiedenen Ländern zu unterschiedlich. Die Bundesrepublik und Belgien blieben im Gegensatz zu Frankreich, das wiederum protektionistische Maßnahmen traf, kaufkräftige Abnehmer. Jedoch überschattet eine düstere Wolke die niederländischen Wirtschaftsbelange: Indonesien. Wenn diese Wolke sich eines Tages entlädt, wird ein großer Teil des niederländischen Volksvermögens verloren gehen. Die Aussicht darauf hat natürlich einen deprimierenden Einfluß.

Die Exportmöglichkeiten werden ziemlich günstig beurteilt. Man nimmt an, daß das Exportvolumen 1958 um 3 % höher liegen wird

(gegenüber 5 % im Vorjahr). Das Importvolumen soll dagegen 6 % niedriger gehalten werden, während der Überschuß im Dienstleistungsverkehr praktisch unverändert bleiben wird. In diesem Falle — jedoch ohne Berücksichtigung der sich aus den Ereignissen in Indonesien möglicherweise ergebenden Folgen — dürfte sich für 1958 in der laufenden Rechnung der Zahlungsbilanz ein Überschuß von 800 bis 900 Mill. hfl ergeben. Im Jahre 1957 wies sie noch ein Defizit von 520 Mill. hfl aus.

Einschränkung der Ausgaben

Daß sich die Entwicklung des vergangenen Jahres im Jahr 1958 fortsetzt, hat sich bereits gezeigt. Von neuen Lohnwellen kann keine Rede mehr sein, und die Regierung strebt nach einer Einschränkung der Ausgaben auf beinahe jedem Gebiet. Allgemein erwartet man, daß sich die gesamten Volksausgaben dieses Jahr im Vergleich zu 1957 um 5 % niedriger stellen werden. Dieser hohe Prozentsatz erklärt sich in erster Linie aus einem starken Rückgang der Vorratsinvestitionen. Wenn die internationale Lage sich in politischer Hinsicht nicht verschärft, wird man die Vorräte in den Niederlanden sogar einschrumpfen lassen. Außerdem erwartet man eine starke Herabsetzung (7,5 %) der Investitionen in Immobilien und Maschinenanlagen. Der Privatverbrauch wird sich — global gesehen — wegen der Bevölkerungszunahme wahrscheinlich noch etwas steigern.

Beschäftigungspolitische Maßnahmen

Was das Realeinkommen anbelangt, erwartet man im Vergleich zu 1957 einen Rückgang um 1,8 %. Dasselbe gilt vom Bruttosozialprodukt. Im Rahmen dieser Entwicklung liegt es, daß die Arbeitslosigkeit 1958 zunimmt, und zwar in weit stärkerem Ausmaß als im Jahre 1957, wo die Produktion noch im Steigen begriffen war. Man rechnet in diesem Jahre mit durchschnittlich 110 000 Arbeitslosen (1957: 51 000). Die zentrale Planungsstelle der Regierung (Central Planbureau), die dieser Tage ihre Prognose für 1958 veröffentlichte, schätzt, daß es, abgesehen von Saisoneinflüssen, am Ende dieses Jahres 130 000 Arbeitslose geben wird. Das sind 3,9 % der unselbständigen Berufsbevölkerung. Mehr als die Hälfte hiervon muß der strukturellen und konjunkturellen Arbeitslosigkeit zugerechnet werden. Dem darf keine Regierung — auch die in Den Haag nicht — tatenlos gegenüber stehen. Die niederländische Regierung hat jedenfalls ein — sei es auch noch beschränktes — Programm zur direkten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zusammengestellt. Seine Verwirklichung erfordert ungefähr 150 Mill. hfl. In den am stärksten betroffenen Provinzen Friesland, Groningen, Drente mit einer Arbeitslosigkeit von 8,3 %, 8,8 % und 13 % und Teilen Overijsels, Gelderlands und Nord-Brabants sollen großzügige Notstandsarbeiten zur Ausführung gelangen. Diese Notstandsarbeiten sollen gleichfalls der Förderung der Industrialisierung in diesen Gebieten dienen. Außerdem soll auch die Anzahl der Wohnungen, die mit öffentlichen Zuschüssen gebaut werden, um einige Tausende erhöht werden. Dies ist nun doppelt nötig, da man so vielen Heimkehrern aus Indonesien ein Obdach verschaffen

Das Gute

bringt die Natur nur durch Geduld hervor:
durch die Sorgfalt ihrer Artauslese.

VON HÖCHSTER REINHEIT

muß und die Wohnungsnot schon so groß ist, daß viele junge Ehepaare oft jahrelang warten müssen, bis sie in eine bescheidene Wohnung ziehen können.

Die Industrie fordert kräftigere Maßnahmen

Die Industrieverbände stehen diesem Programm ziemlich skeptisch gegenüber und erwarten davon kaum große Resultate. Ihrer Ansicht nach müssen angesichts der stagnierenden internationalen Konjunktur, die sie mit großer Besorgnis erfüllt, noch andere konjunkturpolitische Maßnahmen getroffen werden. Sie finden, daß in erster Linie dem Gewerbe die Möglichkeit geboten werden muß, mittels neuer Investitionen zum Fortschritt der Industrialisierung beizutragen, die im Hinblick auf die Bevölkerungszunahme erforderlich ist. Erleichterung des Steuerdruckes kann ihrer Meinung nach die besten Ergebnisse zeitigen. Sie fordern deshalb die Wiedereinführung der Steuerprämie für Investitionen. Diese Prämie wurde während der Hausseperiode ausgesetzt, weil man fürchtete, daß die Expansion zu weit gehen könnte. Außerdem befürwortet man eine Politik, die größere Ersparnisse im Privatsektor ermöglicht, damit der verkümmerte Kapitalmarkt wieder aufleben kann.

Exportfinanzierung

In den letzten Wochen legt man der Regierung ausdrücklich nahe, der wirtschaftlichen Depression (und Arbeitslosigkeit) in erster Linie durch Exporterweiterung zu begegnen, und verlangt, daß sie die dazu erforderlichen Maßnahmen ergreift. Seit 1956 stagniert die Exportfinanzierung, für die man spezielle Organe gebildet hatte, beinahe gänzlich. Sogar Exporttransaktionen, die keinerlei Risiko boten, mußten unterbleiben, weil die Kreditmöglichkeiten gesperrt waren. In Anbetracht der internationalen Konkurrenz auf diesem Gebiet erwartet man jedoch, daß in Kürze Verordnungen erlassen werden, die die Exportfinanzierung zugunsten der Industrialisierung und des Außenhandels auf die Dauer sicherstellen. Gleichzeitig sollen dann auch größere Fazilitäten für die Versicherung des Kreditrisikos gewährt werden. Die Großbanken äußerten ihrerseits den Wunsch, den Exportwechsel, der seit dem letzten Kriege außer Gebrauch kam, wieder einzuführen. Gerade dann ist natürlich eine „wasserdichte" Risikoversicherung unter Staatsgarantie eine conditio sine qua non. Außerdem diskutiert man die Idee, speziell für die Exportfinanzierung Anleihen im Ausland aufzulegen.

Bisher ist es noch nicht bekannt, auf welche Weise die Regierung die Kosten für die von ihr geplanten Notstandsarbeiten zu decken gedenkt. Inflationistische Finanzierung will man um jeden Preis vermeiden, weil man die Sanierung der Zahlungsbilanz nicht wieder in Gefahr bringen will. Steuerhöhungen würden im Lande großen Protest auslösen, und der gewerbliche Sektor lehnt diesen Ausweg im Hinblick auf den weiteren Ausbau der Industrie kategorisch ab.

Konkurrenzfähigkeit stärken!

Im allgemeinen zeigt man sich jedoch in den Niederlanden hinsichtlich der gegenwärtigen Konjunktur nicht allzu pessimistisch, vor allem da sich die Zahlungsbilanz in den letzten Monaten wieder etwas gebessert hat, was auch in einer Erhöhung der Gold- und Devisenreserven zum Ausdruck kam. Daß die Expansion zeitweilig retardierte, schreibt man eher dem Einfluß der binnen- als der außenwirtschaftlichen Kräfte zu. Mit den Lohnerhöhungen und den zusätzlichen Sozialabgaben der Jahre 1954 bis 1957 machte man Vorgriffe auf eine gesteigerte Arbeitsproduktivität, die unter Einsatz aller Kräfte in Kürze realisiert werden muß, damit der Rückstand eingeholt werden kann, schon deshalb, um die Konkurrenzfähigkeit auf den Auslandsmärkten aufrechtzuerhalten.

Die Niederlande stehen vor der ungeheuren Aufgabe, enorme Investitionen für die Industrialisierung, für den Wohnungsbau, für den Wegebau, für die Delta- und Zuidersee-Projekte, für den Tunnelbau usw. zu machen. Die durch die Bevölkerungszunahme verursachten Investitionskosten schätzt man auf mehr als 1 Mrd. hfl pro Jahr. Allein aus diesem Grunde würde es einen schmerzlichen Verlust bedeuten, wenn die niederländischen Werte in Indonesien definitiv aufgegeben werden müßten. Der hieraus entstehende Schaden wird auf jährlich 900 Mill. hfl (3 % des Bruttosozialproduktes) veranschlagt. Hätte die Hochkonjunktur ungestört angehalten, dann wäre man zweifellos schon so weit gewesen, daß man in anderen Gebieten, wo die niederländischen „Kolonialunternehmungen" bereits Zweigniederlassungen gründeten, Kompensationen gefunden hätte. Die gegenwärtige Weltkonjunktur bietet hierfür jedoch keine günstigen Aussichten, obschon es nicht in der niederländischen Art liegt, die Hände in den Schoß zu legen.

Die Entwicklung des Gemeinsamen Marktes macht es übrigens unvermeidlich, den niederländischen Produktionsapparat in kürzester Frist sowohl qualitativ wie quantitativ zu verbessern, damit er dem Ausland gegenüber konkurrenzfähig bleibt. Aber auch abgesehen davon sieht man in den Niederlanden deutlich ein, daß die heutige Depression nur überwunden werden kann, wenn alle vorhandenen Kräfte zu einer merklichen Steigerung des Exports aufgeboten werden. (M. H. J.)

Die „Siemag-Standard", die alles kann, was man beim Briefeschreiben können muß.

Eine »Siemag« kann man überall empfehlen!

SIEMAG

FRANKREICH: Beschränkte Krisenangst ist nicht unerwünscht

Paris, den 9. 4. 1958

Anfang April befand sich die französische Wirtschaftskonjunktur noch in ausgesprochen günstiger Lage. Ihre offiziellen Beobachter stellten auch für die kommenden Monate keine wesentlichen Änderungen in Aussicht. Die Industrieproduktion bleibt bei einem Expansionsrhythmus von 7 bis 8 % gegenüber dem Vorjahre auf hohem Stand, während andererseits der Kapitalmarkt Anleihen, die produktiven Zwecken dienen, ohne Schwierigkeiten aufnimmt. Dies gilt sowohl für Obligationen zugunsten der Landwirtschaft wie für eine Emission der staatlichen Kohlengruben, nachdem Anfang des Jahres die Eisenbahn und die Elektrizitätswerke bedeutende Beträge mobilisiert hatten. Im Mai wird eine große Staatsanleihe erwartet, die mit Goldgarantie ausgestattet rund 150 Mrd. ffrs einbringen soll. Die Rohstoffversorgung bereitet der Industrie keinerlei Sorgen. Auch die französische Devisenlage ist nicht besonders kritisch, selbst wenn die Ausfuhren unverändert stark hinter den Einfuhren zurückbleiben. Die Kapitalbewegungen schaffen vorläufig hierfür noch einen gewissen Ausgleich. Nicht ohne Bedeutung für die Konjunkturbeurteilung ist schließlich die Lage der Landwirtschaft, die im laufenden Jahre dank bisher günstiger atmosphärischer Verhältnisse mit hohen Einnahmen rechnen darf und außerdem sehr kauffreudig ist, sowohl für Ackerschlepper und Maschinen wie für Düngemittel und dauerhafte Konsumgüter.

Mißtrauen in die eigene Hochkonjunktur

Trotzdem finden natürlich auch in Frankreich die weltwirtschaftlichen Bedenken ein Echo. In weiten Kreisen traut man der eigenen Hochkonjunktur nicht recht, dies um so weniger, als die Regierung im Interesse der Inflationsbekämpfung und zur Verringerung ihrer eigenen Investitionskredite zu kreditbeschränkenden Maßnahmen verpflichtet war. Es gilt als recht heikles Unterfangen, die Inflation gerade in dem Augenblick zu bekämpfen, wo weltwirtschaftliche Rückschläge zu befürchten sind, denn in diesem Falle könnte man leichter eine Depression auslösen als die Stabilität der Preise sicherstellen. Andererseits kann sich natürlich die Verringerung der Staatsausgaben kaum vor 1959 auf die Produktion auswirken. Der Wohnungsbau hat noch erhebliche, finanziell gesicherte Rückstände aufzuholen, während auch in anderen Sektoren 1958 die früher beschlossenen Arbeiten ziemlich unverändert durchgeführt werden. Für 1959 besteht durchaus die Möglichkeit, für die verringerten staatlichen Investitionskredite einen privaten Ausgleich zu schaffen. Die hohe direkte Beteiligung des Staates an der Investitionslast ist auf jeden Fall eine unnatürliche Erscheinung, die nicht auf die Dauer fortbestehen kann.

Die Krediteinschränkung betrifft ihrerseits nur den kurzfristigen Wechseldiskont und kaum die mittelfristige Finanzierung der Investitionen, wofür in der Vergangenheit die Banken sehr wenig zuständig waren. Es ist schwer ersichtlich, weshalb bei der gegebenen Flüssigkeit des Kapitalmarktes und dem hohen Anteil der Eigenfinanzierung die französische Wirtschaftsexpansion durch eine Erschwerung des Wechseldiskontkredites abgebremst werden sollte. Nicht einmal der Einzelhandel wurde hierdurch über das Ratenzahlungsgeschäft beeinträchtigt. Lediglich in gewissen Fällen konnte man aus Mangel an flüssigen Mitteln die Rückstellung gewisser Aufträge beobachten. Inzwischen bleibt das Hauptproblem der französischen Wirtschaftspolitik unverändert die Inflation — und nicht die Deflation.

Ausgeglichenheit der wirtschaftlichen Kräfte

Frankreich hatte stets das Glück, nicht unmittelbar und kurzfristig von internationalen Konjunkturschwankungen beeinflußt zu werden. Als die große Weltwirtschaftskrise bereits alle maßgebenden Industriestaaten heimgesucht hatte, erfreute es sich noch eines ziemlich ungetrübten Wohlstandes. Es verdankt diese Widerstandsfähigkeit der inneren Ausgeglichenheit seiner Wirtschaftskräfte.

Selbstverständlich nimmt aber auch in Frankreich von Jahr zu Jahr die Exportabhängigkeit zu. Im Augenblick ist hierbei zu berücksichtigen, daß sich Frankreich für den Verkauf seiner Waren in einer günstigen Position befindet, denn es besitzt eine schwache Währung und im allgemeinen eine passive Handelsbilanz, hauptsächlich mit den Rohstoffländern. Außerdem wird der Export durch eine sehr großzügige Kreditpolitik der Banken gefördert, ein Faktor, der nicht zuletzt in Depressionsperioden von erheblicher Bedeutung ist.

Ferner ergibt sich für die französische Konjunktur und die gesamte Wirtschaftspolitik sowohl preislich wie devisenwirtschaftlich eine fühlbare Erleichterung durch die rückläufige Preistendenz der Rohstoffe, die in beliebiger Menge, je nach den Erfordernissen der Handelspolitik, verfügbar sind und zudem von Frankreich leichter im Rahmen von Tauschtransaktionen abgenommen werden können als von zahlreichen anderen Ländern. Frankreich deckt so augenblicklich über zwei Drittel des ägyptischen Importbedarfs an Weizen, nur weil es Baumwolle als Zahlung annimmt. Zu einem nicht geringen Teil geht die französische Ausfuhr eigene, von der internationalen Konjunktur unabhängige Wege.

Konjunkturpolitische Interventionen

Die französischen Wirtschaftsbeobachter sehen daher vorläufig in der amerikanischen Depression keine Gefahr für die eigene Entwicklung, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß diese Depression nicht allzu lange dauert, d. h. spätestens im zweiten Halbjahr 1958 überwunden wird oder zumindest eindeutig zum Stehen kommt. Die Zweifel an der weiteren Entwicklung stützen sich hauptsächlich auf innerfranzösische Faktoren, d. h. die Kredit- und Finanzpolitik der Regierung und auch die Inflationstendenzen, die das für eine dauerhafte Expansion unentbehrliche Vertrauen erschüttern könnten.

Natürlich ist die französische Regierung auf etwa erforderliche konjunkturpolitische Interventionen

durchaus vorbereitet. Der Kreditapparat befindet sich überwiegend in staatlicher Hand. Die Entwicklungstendenzen werden von sehr fähigen Sachverständigen regelmäßig beobachtet. Die gesamte öffentliche Meinung, besonders in der Wirtschaft, ist ziemlich einmütig der Überzeugung, daß im Zweifelsfalle die Inflation der Depression vorzuziehen ist. Frankreich lehnt entschlossen jeden Verzicht auf seine als lebenswichtig angesehene wirtschaftliche Expansion ab. Es lebt hiermit in einem psychologisch nicht zu unterschätzenden antidepressionistischen Klima.

Allerdings sind der Regierung für konjunkturpolitische Maßnahmen durch ihre internationalen Verpflichtungen die Hände gebunden. Sie erkaufte kürzlich die Hilfe der Europäischen Zahlungsunion und des Internationalen Währungsfonds mit der Zusage einer betont antiinflationistischen Politik und mit dem Versprechen, den Fehlbetrag der Staatskasse den jetzigen Umfang von 600 Mrd. ffrs nicht übersteigen zu lassen. Inzwischen ist sowohl der Wirtschaft als auch den offiziellen Kreisen eine gewisse Krisenangst nicht unerwünscht, denn sie bremst die verschiedenen Spekulationstendenzen ab und wirkt nicht zuletzt sozialpolitisch dämpfend. Auch eine gewisse Verlangsamung des Expansionsrhythmus, die für das zweite Halbjahr 1958 durchaus wahrscheinlich ist, würde nicht als Unglück betrachtet werden. Als wesentlich gilt lediglich, daß der Umfang der Produktion weiterhin zunimmt. (fr.)

SCHWEIZ: Europäischer Markt überschattet die Konjunktur

Ein kleines Land wie die Schweiz mit ihren knapp 5 Mill. Einwohnern und ohne eigene Rohstoffe steht gewiß nicht im Mittelpunkt der weltkonjunkturellen Entwicklung. Sie ist „nur" mit rund 1,5 % am Welthandel beteiligt. Aber eine beachtliche Zahl großer, mittlerer und kleiner Unternehmungen arbeitet überwiegend für den Export. Die Verflechtung mit der Weltwirtschaft beschränkt sich aber nicht auf den Export allein. Man denke an die Großbanken, an die Versicherungsgesellschaften, an den Groß- und Transithandel und an die Holdinggesellschaften, zu denen sich beispielsweise die großen Chemiekonzerne immer mehr entwickeln. Die Beobachtung und Beurteilung der Weltlage, der politischen wie der wirtschaftlichen, gehört also zum täglichen Brot sehr vieler Schweizer, mögen sie nun einem großen oder kleinen Unternehmen vorstehen. Ihr Urteil wird ihnen dadurch leichter gemacht, daß sie an der Neutralitätspolitik und der ruhigen Innenpolitik der Regierung einen Rückhalt haben.

Weltkonjunktur im Schweizer Spiegel

Wie spiegelt sich die Weltkonjunktur gegenwärtig in der Wirtschaftslage der Schweiz? Im Außenhandel beginnt sich die Konjunkturabflachung erst seit dem November deutlich abzuzeichnen. Die Importe fallen stark zurück, die Lager sind gefüllt, und man disponiert vorsichtiger. Der Export hat seinen Anstieg beendet. Innerhalb der Europäischen Zahlungsunion hat die Schweiz ihre Kreditorenstellung während der vergangenen vier Jahre vollständig abgetragen, ohne indes in die Kategorie der Schuldnerstaaten eintreten zu wollen. Sie hat nach der Februar - Abrechnung ihre ganze Schuld in Gold beglichen, ein Verfahren, das sie auch beizubehalten gewillt ist. Trotzdem haben sich die Währungsreserven nicht vermindert, sondern noch erhöht. Das erklärt sich daraus, daß die Kapitalabzüge aus dem Ausland von Banken und Privaten das Defizit der Handelsbilanz mehr als ausgeglichen haben. Die Währungsreserven (Gold und Dollar) überstiegen 8 Mrd. Fr. und liegen um fast eine halbe Milliarde höher als vor einem Jahr. Die Wirtschaft läuft immer noch auf hohen Touren, der Arbeitermangel bleibt unverändert groß und ebenso die Hereinnahme ausländischer Arbeitskräfte. Eine weitere leichte Abschwächung der Beschäftigung wäre nicht nur tragbar, sondern würde sogar begrüßt werden.

Dr. Schwegler, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, erklärte auf der Generalversammlung, daß von einem ernstlichen Konjunkturrückgang in Europa noch nirgends gesprochen werden kann. Sollte es in den USA zu einem krisenhaften Einbruch kommen, so könnten nachteilige Ausstrahlungen auf Europa nicht ausbleiben, aber an diesen krisenhaften Einbruch glaubt Dr. Schwegler nicht. Prof. E. Böhler, Leiter des Konjunkturforschungsinstituts der Eidgenössischen Technischen Hochschule, gab uns gegenüber folgende Formulierung: „Für uns in Europa wäre eine leicht inflatorische Entwicklung in den USA ein kleineres Übel als eine Deflationspolitik." Mit einer Lagebesserung in den USA rechnet man nicht vor dem Herbst.

Sorgen über den Gemeinsamen Markt

Soviel ist sicher, die amerikanische „Recession" spielt z. Z. für die hiesige Konjunkturbeobachtung — jedenfalls auf längere Sicht — nicht entfernt die Rolle wie die zukünftige Entwicklung in Europa mit der Blickrichtung auf die Wirtschaftsgemeinschaft und die Freihandelszone. Regierung und „Vorort" (Industrieverband) machen sich auf scharfe Auseinandersetzungen gefaßt, bei denen sie nicht nur ihre Handelspassivität und den neuen Zolltarif als Waffen einzusetzen gedenken, sondern auch den Bestand der Europäischen Zahlungsunion in Frage stellen werden. Die Schweiz ist nicht gesonnen, die befürchtete „Diskriminierung" durch den Außenzoll der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einfach hinzunehmen, das heißt eine durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft verstärkte Passivierung der Handelsbilanz auf dem Wege über die Europäische Zahlungsunion zu begleichen.

Die Schutzmaßnahmen gegen den Außenzoll der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bestehen darin, daß sich eine ganze Anzahl von Firmen mit dem Gedanken vertraut machen, weitere Produkte aus dem Mutterhaus nach den Filialbetrieben, die sich innerhalb der Wirtschaftsgemeinschaft befinden, zu verlagern.

Kapitalreserven sind nötig

Voraussetzung für eine wirksame Durchführung so weitgespannter Projekte bleibt natürlich eine große Kapitalreserve daheim und draußen. Handel und Industrie haben ihre gewaltige Expansion nach dem Kriege so gut wie ganz durch Eigenfinanzierung betrieben.

Obligationenanleihen wurden fast gar nicht auf den Markt gebracht, und Kapitalerhöhungen blieben in engen Grenzen. Die Industrie hat ihr langjähriges Investionsprogramm jetzt mehr oder weniger abgewickelt und will eine Ruhepause einlegen. Die braucht sie auch, um unvorhersehbaren Eventualitäten entgegentreten zu können. Die Banken werden durch diese Politik der privaten Wirtschaft einerseits und die wachsenden Ansprüche der öffentlichen Hand und des institutionellen Sparens andererseits eingeengt. Sie sind gegenwärtig nicht in der Lage, Auslandsanleihen unterzubringen. Auf die Dauer werden sie aber nicht darauf verzichten, zumal sie damit sehr oft der heimischen Industrie Auslandsaufträge sichern können.

Die Schweiz ist krisenfest. Die vorherrschende Sorge gilt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die Frage, die man sich stellt, lautet: ist das kleine Land stark genug, um gegen den massiven Druck der großen Nachbarn seine Stellung im Welthandel zu behaupten, seine privatwirtschaftliche Struktur zu bewahren und seine Währung gesund zu erhalten? (H. F.)

ÖSTERREICH: Binnenkonjunktur muß Ausfälle kompensieren

Österreichs Wirtschaft entwickelte sich im Jahre 1957 bemerkenswert stetig und störungsfrei, und es scheint, daß sich der Übergang von der stürmischen Expansion der Jahre 1954 und 1955, der im Jahre 1956 ein gewisser Rückschlag auf einzelnen Gebieten gefolgt war, zu einer gleichmäßig fortschreitenden Entwicklung ziemlich reibungslos vollzogen hat.

Ausgangsdaten

Das Bruttosozialprodukt, das 1957 121,8 Mrd. S erreichte, stieg im vergangenen Jahr nominell um 10,2% und real um 5,7% gegenüber einer Zuwachsrate von 8,6%, bzw. 3,9% im Jahre 1956. Dabei war das Ansteigen der Leistungen bei den einzelnen Wirtschaftsgebieten nicht nur stärker, sondern auch gleichmäßiger als im Vorjahr. Der Zuwachs der realen Wertschöpfung war am höchsten beim Handel mit 10,2% und lag auch bei der Land- und Forstwirtschaft mit 6,4% über dem langjährigen Durchschnitt. Industrie und Gewerbe (ohne Baugewerbe) erzeugten ungefähr 5% (Industrieindex 6%) mehr, die Rate der Verkehrsbetriebe war mit 4% die niedrigste.

Die Ausgeglichenheit der Konjunkturlage zeigt sich auch in der Verwendung des Sozialprodukts: Konsum und Investitionen stiegen annähernd gleich stark an. Es wurden 76% in privaten und öffentlichen Haushalten konsumiert und 24% in Anlagegütern und Vorräten investiert, was einer Steigerung des Konsums um nominell 9% und der Investitionen um nominell 11% gleichkommt. Die Investitionstätigkeit erhielt mannigfach Impulse durch die Freigabe eines Teiles des Eventualbudgets und das Vorhandensein größerer Mittel für den öffentlichen Wohnungsbau. Auf der privaten Seite regten die Wiedereinführung der Bewertungsfreiheit für Anlagegüter und die Verlängerung des Verlustvortrages von zwei auf drei Jahre zu Investitionen an, für die außerdem infolge des anwachsenden Sparkapitals ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung standen.

Die Ausweitung des Sozialprodukts um fast 6% war möglich durch die Einschaltung zusätzlicher Arbeitskräfte in den Erzeugungsprozeß, durch eine Erweiterung der Produktionskapazität und durch eine weitere Erhöhung der Produktivität. Die Zahl der Arbeitskräfte stieg um 2,3% gegenüber dem Vorjahr, wobei sich der Zuwachs auf die gewerbliche Wirtschaft konzentrierte, während in der Landwirtschaft die Abwanderung unselbständiger Arbeitskräfte anhielt. Trotz Anwachsens des Arbeitskräfteangebots wurde die Arbeitslosigkeit verringert, deren Rate auf 4,9% gegenüber 5,3% im Jahre 1956 zurückging. Die bisher vorliegenden Produktionszahlen der Industrie für Januar 1958 lassen keine Änderung in der Konjunktur erkennen. Die überwiegende Ursache dieser Produktionssteigerung ist das Ansteigen der Arbeitsproduktivität um 5%, die in jenen Industriezweigen am stärksten zunahm, die ihre Produktion am meisten ausweiteten.

Hand in Hand mit der Produktivitätssteigerung ging eine Ausweitung der Kapazitäten in der Industrie, die in den Konsumgüterindustrien stärker vermehrt wurden als in den Investitionsgüterindustrien, da diese bereits zu Beginn des Jahres 1957 größere Kapazitäten zur Verfügung hatten. Die stärkste Ausweitung hatten die Grundstoffindustrien zu verzeichnen.

Stärkere außenwirtschaftliche Verflechtung

Von ausschlaggebender Bedeutung für die österreichische Konjunkturentwicklung ist die Außenwirtschaft. Die wachsende Verflechtung der österreichischen Wirtschaft mit dem Ausland und damit ihre zunehmende Abhängigkeit von der internationalen Konjunkturentwicklung ergibt sich daraus, daß von dem Bruttosozialprodukt von 121,8 Mrd. S Güter und Leistungen im Werte von 33,1 Mrd. S oder 27,2% (1956: 25,6%) exportiert wurden. Da manche Wirtschaftszweige, wie die Bauwirtschaft, ausschließlich für den Inlandsbedarf arbeiten, sind die Hauptträger der österreichischen Exportwirtschaft, die Industrie und der Fremdenverkehr, dabei mit bedeutend höheren Raten beteiligt: die Industrie exportiert 33% ihrer Produktion, beim Fremdenverkehr entfallen 56% der Übernachtungen auf Ausländer. Auch die Importe gewinnen immer stärkere Bedeutung für den Inlandsmarkt: von den gesamten inländischen Käufen von Gütern und Leistungen stammten im Jahre 1957 26,7% (1956: 25,4%) aus dem Ausland.

Tatsächlich verflachte sich unter dem Einfluß der internationalen Konjunkturabschwächung die Expansionskurve des österreichischen Exports gegen Ende des Jahres 1957, und diese Entwicklung verstärkte sich noch zu Beginn des laufenden Jahres. Zwar wächst der Export noch immer rascher als die Produktion und die Gesamtwirtschaft, doch ist der Abstand in der Zunahme viel geringer geworden.

Auch bei der Einfuhr zeigt sich eine Verlangsamung des Wachstums, das jedoch auch noch immer über der Zunahme der Gesamtwirtschaft liegt. Bei der starken Investitionsfreudigkeit der Wirtschaft und dem wachsenden Konsum liegt das Schwergewicht der Importe auf dem Fertigwarensektor.

Bremsung von Preisen und Löhnen

Die Tendenz zu Preissteigerungen, die sich seit dem Einsetzen des Konjunkturaufschwunges Mitte 1953 bemerkbar machte, hat im Jahre 1957 und zu Beginn dieses Jahres nachgelassen. Trotzdem liegt das inländische Preisniveau, gemessen an den Lebenshaltungskosten, um etwa 2,5% höher als Ende 1956. Auch die Lohnbewegung flaute in dieser Periode ab, wobei sich aus der Berücksichtigung der verschiedenen Indices eine weitere Erhöhung des Realeinkommens der unselbständig Erwerbstätigen ergibt. In der Erkenntnis der starken Auswirkungen, die von der Lohn-Preis-Seite her auf die Konjunkturentwicklung ausgeübt werden können, haben die beiden Regierungsparteien die sogenannte Paritätische Lohn-Preis-Kommission ins Leben gerufen, in der Vertreter aller beteiligten Bevölkerungsgruppen Anträge auf Preiserhöhungen und Lohnforderungen überprüfen und in Form von Empfehlungen dazu Stellung nehmen. Eine offizielle Entscheidungsgewalt jedoch kommt der Kommission nicht zu, doch hat sich ihre bisherige Tätigkeit zusammen mit einer zurückhaltenden Lohnpolitik der Gewerkschaften positiv ausgewirkt.

Verhältnis in Außen- und Binnenwirtschaft

Die kommende Entwicklung der österreichischen Konjunktur dürfte von den entgegengesetzt wirkenden Einflüssen der Binnen- und Außenwirtschaft bestimmt werden. Für die Binnenwirtschaft bestehen durchaus günstige Voraussetzungen. Vor allem sind vom Budget her mächtige Impulse zu erwarten. Dazu kommt die mit betont konjunkturpolitischem Aspekt aufgelegte und bereits abgeschlossene Investitionsanleihe 1958 von 600 Mill. S. Auch die private Investitionstätigkeit wird bis auf weiteres stark sein, da gerade die leistungsfähigen Betriebe sehr gut beschäftigt sind und die starke internationale Konkurrenz im In- und Ausland zu ständigen Rationalisierungen zwingt. Auf den Konsum dürfte sich die im Januar 1958 in Kraft getretene Senkung der Einkommen- und Lohnsteuer für kleine und mittlere Einkommen günstig auswirken, die auch zu einer weiteren Erhöhung des Sparkapitals beitragen sollte. Endlich dürfte die Flüssigkeit des Geldmarktes und des Kreditapparates die Binnenkonjunktur günstig beeinflussen.

Auf der anderen Seite sind von der Außenwirtschaft her eher konjunkturdämpfende Einflüsse zu erwarten. Die Dauer der „Recession" in den USA ist durchaus nicht abzusehen, und es ist nicht anzunehmen, daß die westeuropäische Wirtschaft genügend Schwung hat, um jede Auswirkung auf Europa auszuschalten. (st.)

Wohlstandshebung zur Krisenbekämpfung

Die Konjunkturtheoretiker haben uns oft genug versichert, daß die Wiederkehr einer Weltwirtschaftskrise in dem erlebten Ausmaß völlig unmöglich sei. Und wenn man das konjunkturpolitische Instrumentarium, die Medikamente und Therapien, die man seither entwickelt hat, betrachtet, sollte man es wirklich für ausgeschlossen halten, daß eine Atempause der wirtschaftlichen Expansion in eine Krise umschlägt. Und doch haben alle eine unwahrscheinliche Angst davor, daß wir gegenwärtig an der Schwelle einer wirtschaftlichen Depression stehen.

In unserem marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsraum haben die USA zweifellos das größte Gewicht. Und so schaut man in allen Industrieländern ängstlich nach den USA, ob wohl die gegenwärtige „Recession" das Gesicht einer Krise annehmen könnte. Leider sind die USA aber auch die Reichsten auf diesem Globus, für die die Weltwirtschaft eine freundliche Beigabe, aber keine Lebensnotwendigkeit darstellt. Deshalb ist es ihnen auch nie besonders schwer gefallen, eine wirtschaftswidrige Handelspolitik zu treiben. Und in der Innenpolitik verbietet ihnen ihr legendärer Optimismus, von den ihnen bekannten Instrumenten, Medikamenten und Behandlungsweisen rechtzeitig Gebrauch zu machen. Gewiß, Optimismus ist ein gutes Heilmittel, vielleicht sogar das beste gegen einen wirtschaftlichen Niedergang. Es muß aber ein Optimismus sein, der sich nicht auf die offiziellen Stellen beschränkt, sondern das gesamte wirtschaftliche Handeln bestimmt; und das ist nicht mehr der Fall.

Wenn wir die gegenwärtige weltwirtschaftliche Situation leidenschaftslos überschauen, so gibt es kein Argument, das auf die Zwangsläufigkeit einer krisenhaften Entwicklung hindeutet, kein Argument bis auf eins: die Angst vor der Krise. Überall in der Welt herrscht ein unvorstellbarer Entwicklungsbedarf. Der Wille zur wirtschaftlichen Entwicklung ist größer als jemals in der Wirtschaftsgeschichte. Von Überkapizitäten kann im weltwirtschaftlichen Maßstab keine Rede sein. Zwei Drittel der Menschheit streben danach, ihren Lebensstandard wenigstens so weit anzuheben, daß sich die Kluft zwischen Arm und Reich nicht noch weiter vertieft. Die technische Entwicklung steht vor dem Sprung in die Automation, die der Wirtschaft die Möglichkeit zur vielfachen Vergrößerung ihrer Produktion bietet und damit eine Deckung des unbefriedigten Bedarfs in greifbare Nähe rückt.

Wir wissen, daß der weltwirtschaftliche Rückgang im Kaufkraftrückgang der Rohstoffländer begründet liegt. Es gibt im Rahmen der marktorientierten Weltwirtschaft Güter, bei denen eine geringe Überproduktion über die augenblickliche Nachfrage unverhältnismäßig hohe Preiseinbrüche nach sich zieht. Wenn dazu noch spekulative Momente treten — etwa die Auflösung bestehender Lager —, muß die Baisse katastrophale Formen annehmen. Der Wohlstand der Welt ist das beste Mittel der Krisenbekämpfung. Die weltwirtschaftlich verflochtenen Industrieländer müssen gemeinsam einen Weg finden, den Wohlstand der Welt zu heben, dann werden sie die Krise im eigenen Interesse bannen. (sk)